



Presseschau vom 07.10.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

wpered.su: Freiheit für Gianfranco Castellotti!

Der italienische Kommunist Gianfranco Castellotti, der mit der Antifaschistischen Karawane den Donbass besuchte, um seine Solidarität mit den Einwohnern der DVR und der LVR zum Ausdruck zu bringen, wurde in Istanbul festgenommen. Er war in die Türkei gereist, um beim Gerichtsprozess gegen Musiker der legendären Gruppe Grup Yorum, die seit fast einem Jahr im Gefängnis sind, anwesend zu sein.

Trotz Problemen mit der Gesundheit und einer Verschärfung der Repressionen in der Türkei war Gianfranco Castellotti den türkischen Genossen immer nah. Er wusste, was er riskierte, indem er in die Türkei reiste, aber er musste fahren. Er musste, was auch immer geschah, den Aktivisten, die in kalten Gefängniszellen eingesperrt sind, all seine menschliche Wärme überbringen, um ihren Kampfgeist zu heben.

Derzeit kann sich Gianfranco Castellotti nicht frei bewegen und erhält keine medizinische Behandlungen. Wir, die Kommunisten der Donezker Volksrepublik, fordern die sofortige Freilassung unseres Freundes und Genossen Gianfranco Castellotti!

Das Zentralkomitee der KP der DVR

rusvesna.su: **Warum sich die Ostdeutschen nach der sowjetischen Vergangenheit sehnen**
Xsenja Melnikowa

Ost- und Westdeutsche begingen den den 28. Jahrestag der Vereinigung Deutschlands. Viele Jahre lang, während sie auf gegenüberliegenden Seiten der Berliner Mauer lebten, träumten sie davon, die Einheit der Nation wiederherzustellen. Aber als das schließlich passierte, stellte

sich heraus, dass sie immer noch von der Mauer getrennt waren - in Traditionen, Mentalität, Erziehung, Einkommen und sogar in der Sprache.

Die Ostdeutschen bekennen, dass sie mit dem Verschwinden der DDR ihre Heimat verloren haben und sich gern an die sozialistische Vergangenheit erinnern, die sie oft sogar stark idealisieren.

Baba Jaga und Spreewaldgurken

"Diesen Sommer bin wieder zum Klassentreffen unserer Schule gegangen. Wir treffen uns alle fünf Jahre. Jetzt lebe ich in Holland, aber dafür komme ich nach Deutschland", sagt Heidi Kulen.

Neben Schul-Fotoalben bringen ehemalige Klassenkameraden Schokolade, „Rotkäppchen“-Sekt, die berühmten Spreewaldgurken, Letscho, Senf aus Bautzen in Sachsen und ein Analogon amerikanischer Cola - die in der DDR beliebte Club-Cola mit. Sie alle erinnern sich, wie sie zum Unterrichtstag in der Produktion gingen, Kartoffeln sammelten und darüber spotteten, wie sie von den „Wessis“ dargestellt wurden.

„Im modernen Deutschland sind Dinge und Gegenstände der sozialistischen Vergangenheit gefragt: Küchengeräte, Lampen, Zahnbürsten, Porzellanfiguren aus der DDR.“

Um die Zeit zurückzudrehen und sich mehrere Jahrzehnte zurück in die Vergangenheit zu begeben, werden jedes Jahr mehr und mehr Geschäften und Restaurants mit ostdeutschen Retro-Produkten eröffnet. Es gibt Magazine, Bücher und Filme über das Leben in der DDR. "Es macht mir große Freude, sowjetische Märchenfilme zu sehen. Baba Jaga und ihr Hüttchen auf Hühnerbeinchen sind dabei außer Konkurrenz. Jetzt werden Sie so etwas nicht mehr finden", sagt die 40-jährige Sandra Dogan.

Ihrer Meinung nach gibt es heutzutage nicht genug von dem, was in der DDR war.

"Damals war jedem Kind ein Platz im Kindergarten garantiert, es war leicht, zur Universität zu gehen, die Medizin war kostenlos, es gab keine Arbeitslosigkeit, die Menschen waren herzlicher. Alles, was wir getan haben, wurde geschätzt, nichts blieb ohne Aufmerksamkeit", zählt sie gegenüber RIA Novosti auf.

Frau Gert, die schon über achtzig ist, stimmt ihr zu: "Früher war Ordnung. Wir haben zusammen gelebt, gearbeitet, waren zuversichtlich in die Zukunft. Im Dorf haben sich die Nachbarn gegenseitig geholfen, alle waren wie eine Familie. " Eine ältere Frau beschwert sich, dass jetzt jeder allein ist, "hinter seinem eigenen Zaun".

"Damals gab es viele Jugendorganisationen, und die Jugendlichen von heute wissen einfach nicht, was sie tun sollen: Entweder sitzen sie mit Mobiltelefonen herum oder bleiben vor Monitoren sitzen. Und der Schullehrplan war viel effektiver", sagte Holger Renitz aus Frankfurt an der Oder.

Das Thema Renten ist besonders akut. Angela Merkel hat versprochen, sie bis 2025 anzugleichen, aber bis jetzt ist der Unterschied spürbar. Manchmal erreicht die Lücke 450 Euro, schreibt der ‚Spiegel‘.

"Ich lebe seit meiner Kindheit in Thüringen, habe mein ganzes Leben als Busfahrer gearbeitet und meine Rente ist niedriger als bei vielen anderen Deutschen", klagt Ralph Schwider in einem Gespräch mit RIA Novosti (und hat darum gebeten, seinen richtigen Namen zu ändern).

In der Lage von Gedeimigten

Die DDR und West-Berlin wurden 1990 Teil der Bundesrepublik Deutschland, aber im Wesentlichen war es eine Annexion. Auf dem Territorium des ehemaligen sozialistischen Staates wurde das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland von 1949 eingeführt, Banknoten wurden ausgetauscht, Militär, Beamte und Geheimdienstmitarbeiter wurden „lustriert“ (gemeint ist die politische „Säuberung“ aller öffentlichen Funktionen, A. d. Ü.). Die Unterschiede in der Mentalität der "Ossis" und "Wessis", wie sie sich ironisch bezeichneten, sind noch nicht verschwunden. "Die Mauer ist in unseren Köpfen", sagen die Deutschen selbst.

"Die Westdeutschen stellen meist die Elite, es gibt einen echten Kulturkolonialismus und wir reden dabei von den Behörden in den östlichen Ländern selbst", sagte Thomas Krueger, Leiter der Bundeszentrale für politische Bildung. Er ist einer der wenigen Osis, die an die Macht kamen. Die Tatsache, dass Angela Merkel, die in der DDR geboren wurde, den höchsten Posten im Land besetzt, mildert die Situation nur wenig.

Die Leute im Osten geben zu, dass sie sich oft als minderwertige Bürger fühlen, glauben, dass im Ergebnis der Vereinigung "ihr Heimatland diffamiert wurde", und sie selbst "in die Situation kamen, gedemütigt zu werden". Kein Wunder - sie haben die Fusion teuer bezahlt.

Bedingungen diktiert von der BRD

Unmittelbar nach dem Fall der Berliner Mauer erklärten die deutschen Behörden ihren vereinnahmten Landsleuten, dass ihre Technologie zehn Jahre veraltet und die Wirtschaft nicht konkurrenzfähig sei.

Alle großen Unternehmen der ehemaligen DDR wurden geschlossen: Millionen waren arbeitslos. Ein solches Schicksal ereilte auch das Stahlwerk Brandenburg, das größte in den östlichen Ländern.

In den 1970er Jahren produzierte es 2,3 Millionen Tonnen Stahl pro Jahr und beschäftigte zehntausend Menschen. Dieser Stahl wurde für das Vereinigte Land nicht benötigt, und 1992 wurde er auf dem Fabrikgelände das Brandenburger Industriemuseum eröffnet.

Die „Osis“, die ihre Arbeit verloren hatten gingen auf der Suche nach einem besseren Leben in den Westen. Wer früher ganze Betriebe geleitet hatte, begann nun die Straßen zu fegen und Waren auszuliefern.

Gegenwärtig macht die Industrie der östlichen Länder nicht mehr als zehn Prozent der deutschen Wirtschaft aus. Das Familieneinkommen ist um 20 Prozent niedriger als im Westen. Ja, und die durchschnittlichen Kosten einer Stunde Arbeitszeit sind um sieben Euro geringer. Viele bevorzugen es, im Westen zu arbeiten und nur über das Wochenende nach Hause zu kommen. Aufgrund des starken Abflusses der Bevölkerung und der niedrigen Geburtenrate auf dem Gebiet der ehemaligen DDR sind demographische Probleme entstanden.

Öffentliche Meinungsumfragen, die im Land durchgeführt wurden, haben wiederholt gezeigt, dass die „Osis“ anfällig für Nostalgie für die alte Lebensweise sind.

Fast die Hälfte der Bevölkerung in Ostdeutschland ist sich sicher: "Es gab mehr Gutes als Schlechtes in der DDR, es gab Probleme, aber man konnte mit ihnen leben" und "die Menschen lebten glücklicher und besser als in Deutschland nach der Wiedervereinigung".

Junge Leute sind damit nicht einverstanden: Die neue Generation lebt gerne in einem vereinten Land, und sie kennen die „Mauer“ nur aus den Geschichten ihrer Verwandten oder aus dem Geschichtsunterricht.

Die Bundesregierung ist gezwungen, viel Geld in die Entwicklung des Ostens zu investieren, um insbesondere die soziale Sicherheit zu verbessern...

Der Ausgleich der Unterschiede in der Mentalität der Ost- und Westdeutschen nach der Spaltung, vierzig Jahre gedauert hatte, ist nach mehr als einem Vierteljahrhundert nicht gelungen. Zu Hilfe kommen aber Kultur und Sport. Die Deutschen geben zu, dass sie sich während der Olympischen Spiele sowie der Welt- und Europameisterschaften wirklich als Einheit sehen.



http://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/gdr_germaniya.jpg

wpered.su: In Donezk präsentierte der russische Schriftsteller und Kommunist Sergej Schargunow sein Buch.

Am 6. Oktober fand in Donezk ein Präsentation des Buches „Unsrige“ des russischen Schriftstellers, Abgeordneten der Staatsduma von der KPRF Sergej Schargunow statt. Dies teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Das Buch beinhaltet 20 literarische Erzählungen über Verwandte und Freunde des Schriftstellers. Die zentrale von ihnen ist eine Erzählung über das Schicksal eines Donezker Milizangehörigen, die nach Eindrücken von Sergej Schargunow vom Frühjahr 2014 geschrieben wurde.

vormittags:

de.sputniknews.com: „Eis ist gebrochen“: Syrische Opposition beginnt mit Abzug schwerer Technik aus Idlib.

Die Lage um die syrische Provinz Idlib scheint sich leicht zu beruhigen. Einheiten der bewaffneten syrischen Opposition mit der Koalition „Nationale Befreiungsfront“ (NLF) an der Spitze haben mit dem Abzug von Schwertechnik aus der sogenannten Deeskalationszone Idlib begonnen. Das berichtete die Agentur AFP am Sonntag.

Wie Koalitionssprecher Nadji Mustafa sagte, verbleiben in der Zone nur Blockposten mit anderen Waffen.

Indes bestätigte eine Quelle aus Oppositionsgruppierungen gegenüber der Agentur den Abzug von Kriegstechnik. Es geht ihr zufolge um Granatwerfer und Startrampen.

Nach Angaben der Agentur Reuters sollen schwere Waffen in einer Entfernung von 20 Kilometern von der Berührungslinie abgezogen werden.

Wie es weiter heißt, halten sich Vertreter der Oppositionskräfte in der entmilitarisierten Zone auf, um dem türkischen Militär beim Patrouillieren des Territoriums zu helfen.

Die Koalition namens Jabhat al-Wataniya lil-Tahrir (Nationale Befreiungsfront) besteht aus verschiedenen Oppositionsgruppen.

Zuvor hatten die Präsidenten Russlands und der Türkei, Wladimir Putin und Recep Tayyip Erdogan, bei ihrem Treffen in der russischen Schwarzmeer-Stadt Sotschi vereinbart, dass bis zum 15. Oktober eine entmilitarisierte Zone an der Berührungslinie zwischen den syrischen Regierungstruppen und der bewaffneten Opposition in der Provinz Idlib geschaffen werden soll. Die Zone werde 15 bis 20 Kilometer breit sein.

Idlib ist die letzte syrische Provinz, die von Kämpfern der Terrorgruppe „Dschabhat an-Nusra“ und einer Reihe illegaler Gruppierungen kontrolliert wird. Die syrischen Regierungstruppen sind zu einer Militäroperation gegen die Terroristen bereit, falls die politische Regelung erfolglos bleiben sollte.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31748/08/317480849.jpg>

de.sputniknews.com: London und Berlin besprechen neue Sanktionen gegen Russland – Bloomberg

Die Regierungen Großbritanniens und Deutschlands besprechen laut der Nachrichtenagentur Bloomberg neue Sanktionen gegen Russland. Der Grund sind angebliche Cyberangriffe, die der militärischen Aufklärung Russlands vorgeworfen wurden.

„Wir sollten bereit sein, entweder selbständig oder – und das ist zu bevorzugen – gemeinsam mit den Verbündeten Maßnahmen zu ergreifen, wenn nötig“, erklärte David Lidington, der als de facto-Vizepremierminister Großbritanniens gilt.

Der Sprecher der deutschen Bundesregierung, Steffen Seibert, soll ebenfalls bestätigt haben, dass Deutschland mit seinen Partnern die Frage neuer Sanktionen gegen Russland erörtert.

„Die Regierung Deutschlands ist fast sicher, dass die russische militärische Aufklärung für die jüngsten Cyberangriffe verantwortlich ist“, so Seibert.

Zuvor hatte das niederländische Verteidigungsministerium berichtet, dass es den Geheimdiensten des Landes angeblich gelungen sei, einen Hackerangriff auf die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) zu vereiteln. Nach Angaben des Verteidigungsamts sollen vier russische Bürger versucht haben, die Attacke durchzuführen. Die Verdächtigen, die die Cyberangriffe organisiert haben sollen, seien im April ausgewiesen worden.

Das russische Außenministerium hatte die Vorwürfe der niederländischen Seite als eine „weitere orchestrierte Propagandaaktion“ bezeichnet und zudem betont, dass die „Spionage-Besessenheit“ den Beziehungen zwischen beiden Ländern erheblichen Schaden zufügt. Das Außenamt hatte außerdem darauf hingewiesen, dass die Ankündigung im Vorfeld der OPCW-Sitzung am 10. Oktober erklungen sei und darauf abziele, den „notwendigen“ politischen Hintergrund zu schaffen.

Die USA und Kanada hatten ebenfalls Vorwürfe gegen Russland erhoben. Es wird behauptet,

dass sieben Mitarbeiter des russischen Geheimdienstes GRU an Cyberattacken auf das amerikanische Wahlsystem, das Atomunternehmen „Westinghouse“ sowie auf Anti-Doping-Labors beteiligt gewesen sein sollen. Unter ihnen sollen auch die vier russischen Bürger gewesen sein, die aus den Niederlanden ausgewiesen worden waren. Dabei hatte der Westen keine Fakten vorgelegt, die diese Version beweisen würden.

Russland hatte den USA vorgeschlagen, eine gemeinsame Arbeitsgruppe zu bilden, die sich mit Fragen der Cybersicherheit auseinandersetzen würde. Darüber hinaus würde sie Moskau und Washington ermöglichen, ihre Bemühungen zu koordinieren und im Bereich der Informationssicherheit zusammenzuarbeiten, um Eingriffe in die Innenpolitik verschiedener Länder zu verhindern. Die USA hatten diese Initiative abgelehnt.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32255/05/322550508.jpg>

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen zweimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowka** und **Golubowskoje**. Geschossen wurde mit Schützenpanzerwaffen Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

de.sputniknews.com: US-Aufklärungsdrohne erneut nahe Russlands Grenzen gemeldet. Eine strategische US-Drohne vom Typ RQ-4B Global Hawk hat einen elfstündigen Aufklärungsflug in der Nähe der russischen Grenze absolviert. Das berichtet die Luftfahrt-Webseite PlaneRadar via Twitter.

Die Drohne startete demnach am Sonntagmorgen vom Militärflugplatz Sigonella (Sizilien, Italien), begab sich über den Luftraum der Ukraine und Polens in Richtung Baltikum und flog mehrere Stunden lang in der Nähe des russischen Gebiets Kaliningrad im Luftraum über Litauen.

Danach erreichte die Drohne den estnischen Luftraum und flog drei Stunden lang an den westlichen Grenzen der Gebiete Leningrad und Pskow, die in diesem Abschnitt die russische Staatsgrenze bilden, entlang.

Vor ihrer Rückkehr nach Italien habe die Drohne erneut einen Flug in der Nähe der Grenzen des Gebiets Kaliningrad unternommen, heißt es.

In den vergangenen Monaten absolvieren strategische US-Drohnen sehr viel häufiger Flüge nahe Russlands Grenzen.

Erst im September hatten eine strategische US-Drohne vom Typ RQ-4 Global Hawk sowie ein Flugzeug vom Typ Boeing P-8A Poseidon Flüge über der russischen Schwarzmeerküste absolviert.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32255/03/322550322.jpg>

Lug-info.com: Gratulation des Vorsitzenden des Ministerrats der LVR zum Jahrestag der Gründung der Volksmiliz:

Sehr geehrte Genossen Soldaten, Unteroffiziere, Fähnriche, sehr geehrte Genossen Offiziere! Am 7. Oktober 2017 hat das Oberhaupt der LVR den Erlass Nr. 15 über die Schaffung der Koordination der Volksmiliz unterzeichnet. Mit diesem Zeitpunkt beginnt die Geschichte der Einheiten der Volksmiliz. Bei der Bildung der militärischen Einheiten war das hauptsächliche Gerüst die Einheiten der Miliz – die Menschen, die im Sommer 2014 der ganzen Welt gezeigt haben, dass es möglich ist einen Gegner zu bekämpfen und zu besiegen, der ein Übergewicht in Zahl und bei den Waffen hat.

Wenn man für sein Heimatland, seine Freunde, für die Werte, die uns unsere Vorfahren weitergegeben haben, für das Recht, in der Sprache zu sprechen, in der Deine Eltern gesprochen haben, kämpft, in einem solchen Fall wird der Mensch, seine Geistesstärke zur schrecklichsten Waffe.

Ich bin den Kommandeuren der Armee des Südostens, den Anführern der Miliz dankbar, die die Menschen um sich scharen konnten, die in härtesten, kürzesten Fristen aus Milizeinheiten militärische Einheiten bilden konnten und dabei alle Etappen der militärischen Ausbildung durchliefen und die militärische Koordination berücksichtigten.

Bereits im Januar-Februar 2015 wurde eine neue Seite in der Geschichte der Volksmiliz aufgeschlagen – das ist die Debalzewo-Tschernuchinskaja-Operation, in deren Folge der Gegner vom für unsere Republiken strategisch wichtigsten Brückenkopf vertrieben wurde. Ich bin den Soldaten dankbar, die an der aktiven Kampfphase beteiligt waren, und denen, die später kamen, aber jetzt Kampfaufträge zum Schutz und zur Verteidigung unserer Republik ausführen und dabei das Wertvollste, ihr Leben riskieren.

An diesem Tag will ich Ihnen starke Gesundheit und Wohlergehen wünschen sowie immer zum heimatlichen Herd zurückzukehren, wo sie ihre geliebten Menschen erwarten. Zum Feiertag Freunde, zum Feiertag Kampfgenossen.

Der Vorsitzende des Ministerrats der LVR, der Leiter des Stabs und erste Stellvertreter des Kommandeurs der Volksmiliz der Republik in den Jahren 2014-2015

Sergej Koslow

de.sputniknews.com: Im Fall von „russischer Aggression“: Briten wollen Kreml ohne Licht lassen.

Das Verteidigungsministerium Großbritanniens erwägt die Möglichkeit, mit massiven Cyberangriffen einen Blackout in Russland herbeizuführen, wenn es zur „Aggression“ seitens Moskaus kommen sollte. Dies berichtet die britische Zeitung „Sunday Times“ am Sonntag

unter Berufung auf hochrangige Mitarbeiter der Sicherheitskreise.

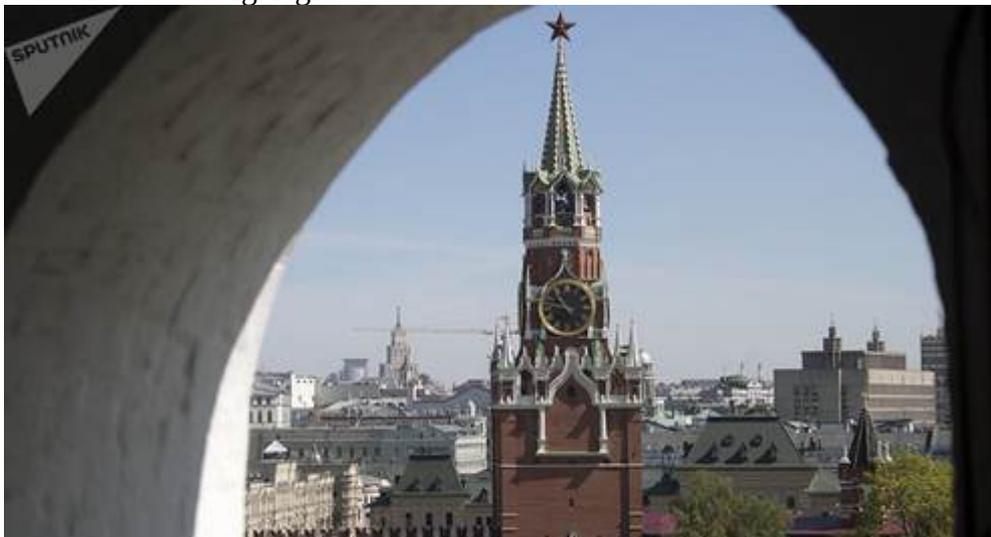
Demnach habe Großbritannien – abgesehen von Raketen mit Atomsprenköpfen – nicht genügend Waffen, um sich gegen Russland zur Wehr zu setzen. In diesem Zusammenhang sei die Regierung zu dem Schluss gekommen, dass eine massive Cyberattacke die einzige Alternative zum Einsatz von Atomwaffen sei, falls eine Reaktion auf die „russische Aggression“ erforderlich wäre, so das Blatt.

Jetzt wolle die Regierung ein Angriffs-Cyberpotenzial entwickeln, um nötigenfalls „das Licht im Kreml auszuschalten“, heißt es in dem Artikel. Vermutlich werde das Großbritannien mehr Möglichkeiten geben, wenn Russland beschließen sollte, die kleinen estnischen Inseln zu besetzen oder in Libyen einzudringen, um die dortigen Ölvorräte unter Kontrolle zu bringen und eine neue Flüchtlingskrise zu provozieren.

Es werde zudem erwartet, dass Großbritannien mit einem Cyberangriff reagieren könnte, sollten irreguläre russische Einheiten die britischen Truppen angreifen oder die neuen britischen Flugzeugträger bedrohen.

Zuvor hatte der Kabinettschef von Premierministerin Theresa May, David Lidington, erklärt, dass die westlichen Länder wachsam gegenüber Russland sein und die Cybersicherheit verbessern sollten. Dabei vertrete er die Ansicht, dass man einen Dialog mit Moskau führen sollte.

In den letzten zwei Jahren war Russland mehrfach die Beteiligung an Cyberangriffen gegen andere Staaten sowie Verbindungen zu Hacker-Gruppen vorgeworfen worden. Dafür wurden keine Beweise vorgelegt. ...



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32252/66/322526602.jpg>

de.sputniknews.com: Netanjahu kündigt baldiges Treffen mit Putin an.

Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu hat am Sonntag bekannt gegeben, dass er sich in nächster Zeit mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin treffen wird, um die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich fortzusetzen.

„Ich habe vor Kurzem mit Präsident Putin gesprochen. Wir haben ein Treffen in nächster Zeit vereinbart, um die Kooperation im Bereich der Sicherheit fortzusetzen“, erklärte Netanjahu bei einer Kabinettsitzung.

Das Verhältnis zwischen Russland und Israel wurde durch den versehentlichen Abschuss einer russischen Il-20 über Syrien getrübt. Das russische Aufklärungsflugzeug wurde während eines israelischen Luftangriffs auf Objekte in Latakia versehentlich von einer S-200-Luftabwehrrakete getroffen. 15 russische Soldaten kamen ums Leben.

Das russische Militär gab daraufhin Tel Aviv die Schuld für den Vorfall: Mit ihrem „verantwortungslosen Vorgehen“ habe die israelische Luftwaffe die russische Il-20 einem

Angriff des syrischen Luftabwehrsystems S-200 ausgesetzt. Das israelische Militär habe die russische Seite zudem erst eine Minute vorher über den kommenden Luftangriff informiert. Als Reaktion auf den Abschuss übergab Russland Syrien S-300-Systeme, die den Luftraum des Landes besser schützen sollen. Moskau hatte früher aus Rücksicht auf Israels Bedenken auf die Lieferung von S-300 verzichtet.

Die Webseite der israelischen Militäraufklärung „Debkafiles“ hatte zuvor berichtet, die USA hätten Israel die Lieferung von zusätzlichen F-35-Kampfflugzeugen versprochen.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum von 6. Oktober 3:00 Uhr bis 7. Oktober 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 21.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Schirowkaja Balka, Dolomitnoje, Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Jasinowataja, Krutaja Balka, Spartak, Donzek (Flughafen, Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Nowaja Tawrija, Leninskoje, Kominternowo, Sachanka.**

Wie zuvor mitgeteilt wurde, wurde in Folge von Scharfschützenfeuer von Seiten der ukrainischen Streitkräfte ein Zivilist, geb. 1963, verletzt, der sich zu dem Zeitpunkt zu Hause befand.

Schäden an Wohnraum und Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 317.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 259.

Ab 00:01 Uhr am 29. August 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung im Zusammenhang mit Beginn des Schuljahrs – der „Schul“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Litauen: Bundeswehr-Soldat stirbt bei Nato-Übung.

Ein Panzersoldat der Bundeswehr ist am gestrigen Nachmittag bei der Nato-Übung Beowulf auf dem litauischen Übungsplatz Pabrade ums Leben gekommen. Das berichtete das litauische Verteidigungsministerium am Sonntag.

„Der tragische Zwischenfall ereignete sich, als ein Soldat in seinem gepanzerten Fahrzeug mit einem Baum kollidierte“, heißt es in der Mitteilung.

Der Mann sei durch herabstürzendes Astwerk schwer am Kopf verletzt worden. Trotz erster Hilfe und sofort eingeleiteter Rettungskette sei der Soldat später seinen Verletzungen erlegen, hieß es.

In dem Fall wird zurzeit ermittelt.

Die deutschen Soldaten sind als Teil der Enhanced Forward Presence (EFP) der Nato in Litauen stationiert. Zuvor war mitgeteilt worden, dass Deutschland im Januar 14 Schützenpanzer nach Litauen verlegt hätte.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32229/05/322290532.jpg>

nachmittags:

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR für den 07.10.2018:

In den letzten 24 Stunden wurden **21 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** festgestellt. Der Gegner hat die Gebiete von **12 Ortschaften beschossen**.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kriegsverbrecher der 58. mechanisierten Brigade unter Kommando von Drapatyj die Gebiete von **Dolomitnoje, Schirokaja Balka** und der **Siedlung des Gagarin-Bergwerks** mit Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 92. und der 28. mechanisierten Brigade unter Kommando der Henker Kokorjew und Martschenko sowie der 56.

Panzergrenadierbrigade unter Leitung des Verbrechers Iwanow aus die Gebiete von **Spartak, der Siedlung Trudowskije von Donezk, Jasinowataja, Krutaja Balka** und das **Gelände des Flughafens** mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, Schützenpanzern, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade auf Befehl von Gnatow die Gebiete von **Leninskoje, Sachanka, Kominternowo** und **Nowaja Tawrija** mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm beschossen und dabei 53 Mörsergeschosse abgefeuert sowie mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen geschossen.

Durch provokativen Beschuss der ukrainischen Kämpfer wurde **ein Soldat der Volksmiliz der DVR tödlich verletzt**. Wir bringen den Verwandten des gefallenen Verteidigers der Republik unser aufrichtiges Mitgefühl zum Ausdruck.

Die ukrainischen Strafruppen terrorisieren weiter die friedliche Bevölkerung der Republik. Der Feind hat **Scharfschützengruppen entlang der gesamten Kontaktlinie aktiviert**. Im Gebiet von Marjinka haben Kämpfer aus der 28. Brigade mit Scharfschützenwaffen in Richtung Trudowskije geschossen.

Infolge von zielgerichtetem Feuer wurde **ein Mann, geb. 1963, verletzt**. Ich möchte anmerken, dass die ukrainischen Soldaten nicht nur diese Ziele gewählt haben, in den letzten 24 Stunden haben sich sechs Zivilisten mit Beschwerden über Beschuss von Scharfschützen an uns gewandt. Spuren von Kugeln an Autos und Wirtschaftsgebäuden geben uns Anlass, mit voller Überzeugung davon zu sprechen, dass die ukrainischen Strafruppen zielgerichtet auf friedliche Bürger geschossen haben.

Diese Fakten bestätigen ein weiteres Mal die wahren Absichten der Kämpfer, die nicht aus patriotischen Gefühlen heraus in den Donbass gekommen sind, sondern um ihren Blutdurst zu stillen.

Ich wende mich an die Weltgemeinschaft und die Rechtsschutzorganisationen und rufe auf, die Verbrechen nicht ohne die notwendige Beachtung zu lassen.

de.sputniknews.com: Hubschrauber der Koalition evakuieren IS-Terroristen aus Deir ez-Zor – Sana.

Hubschrauber der internationalen Anti-Terror-Koalition haben nach Informationen der syrischen staatlichen Agentur Sana mehrere Mitglieder der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) aus der Provinz Deir ez-Zor evakuiert.

„Hubschrauber der internationalen Koalition haben am Samstag mehrere IS-Kämpfer verschiedener Nationalitäten aus einer Ortschaft weggebracht, in der Militante konzentriert sind, in der Nähe des Dorfs Ash Shafa südöstlich von Deir ez-Zor“, meldet die Agentur unter Berufung auf ihre Quellen.

Einige Tage vorher seien die Luftlandetruppen der Koalition in der Nähe des Dorfs Al-Muraschida eingetroffen, wo sich ebenfalls Radikale befinden sollen.

Der syrische Außenminister Walid Muallem hatte zuvor in einem Interview für den TV-Sender RT einen schweren Vorwurf gegen Washington erhoben: Die USA bilden laut dem syrischen Chefdiplomaten auf ihrer syrischen Militärbasis At-Tanf IS-Terroristen neu aus, um sie dann in den Kampf gegen die syrische Regierungsarmee zu schicken. Das Ziel sei es, die syrische Krise in Interesse Israels in die Länge zu ziehen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31262/24/312622475.jpg>

Mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A. W. Marotschko:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **zweimal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. Geschossen wurde auf die Gebiete der Ortschaften **Golubowskij** und **Kalinowka**. Dabei haben die ukrainischen Kämpfer Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer und Schusswaffen eingesetzt. Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik mehr als 20 verschiedene Geschosse abgefeuert.

Das moralisch-psychischen Niveau der ukrainischen Truppen in der OOS-Zone bleibt niedrig. Nach uns vorliegenden Informationen erlitt bei einer aufgeflamten Prügelei am 5. Oktober im Gebiet von Krymskoje zwischen einem Soldaten der 53. mechanisierten Brigade und einem Mitarbeiter des SBU letzterer eine Stichverletzung durch ein Messer und wurde in ernstem Zustand in eine medizinische Einrichtung eingeliefert. Es ist anzumerken, dass die Mitarbeiter des SBU am 2. Oktober in dieser Einheit eintrafen, um Ermittlungsmaßnahmen zu

massenhaften Diebstählen von Material und Treibstoff durchzuführen.

Die Volksmiliz der LVR hält trotz der ständigen Provokationen von Seiten der ukrainischen Truppen die übernommenen Verpflichtungen ein und unterstützt mit ihren Handlungen die Wiederherstellung des Friedens im Donbass.

Heute, am Tag der Gründung der Volksmiliz der LVR will ich in meinem eigenen und im Namen des Kommandos der Volksmiliz allen Soldaten gratulieren. Vor vier Jahren wurde aus spontan handelnden Milizen eine wirkliche Armee gebildet, die in der Lage ist, unsere Bürger zu verteidigen und den Feind abzuwehren. Das Lugansker Land hat würdige Söhne hervorgebracht, die ihren Großvätern und Urgroßvätern keine Schande machen, und wie sie im Jahr 1941 verteidigt ihr jetzt unser vielgeprüftes Land gegen die braune Pest. Ich will allen starke Gesundheit, lange Lebensjahre, Hoffnung und Glaube an das Bessere wünschen! Denkt daran, dass Ihr zu Hause erwartet werdet, ihr immer zu dem, der liebt, zurückkehrt.

de.sputniknews.com: „Dem Kreml das Licht abdrehen“: Russische Politiker reagieren auf britische Drohung.

Die Drohung aus Großbritannien, durch Hackerangriffe einen massiven Blackout in Moskau auszulösen, ist in Russland auf geteilte Reaktionen gestoßen. Während Moskauer Politiker sich skeptisch zeigen, befürchtet die Botschaft in London, dass das Königreich Ernst macht. Die Zeitung „Sunday Times“ hatte am Sonntag berichtet, dass das britische Verteidigungsministerium massive Hackerattacken auf Energieversorgungssysteme in Russland in Erwägung ziehe, um auch „dem Kreml das Licht abzdrehen“. Zu dieser Maßnahme will man laut der Zeitung allerdings nur im Fall einer „Aggression“ Moskaus greifen.

„Das klingt nach einer Phantasmagorie im Stil der schlimmsten Spionageromane“, kommentierte Franz Klinzewitsch vom Verteidigungsausschuss des Föderationsrats (russisches Parlamentsoberhaus) am Sonntag.

„Da wäre selbst Ian Fleming mit seiner Bondiade neidisch.“

Die Meldung der Zeitung „Sunday Times“ bezeichnet er als „Fake-News“. „Ich persönlich glaube das nicht“, sagte Klinzewitsch. Wenn der britische Geheimdienst eine solche Option aber wirklich in Betracht ziehe, so spräche das von seiner Inkompetenz.

„Es kann ja auch sein, dass Großbritannien auf diese seltsame Weise an seine einstige Großmachtstellung erinnern will. Jedenfalls ist das nicht die Methode eines zivilisierten Staates.“

Irina Jarowaja, stellvertretende Vorsitzende der Staatsduma (Parlamentsunterhaus), attestierte Großbritannien eine „Krise der Zurechnungsfähigkeit“.

„Wer ist in Großbritannien jetzt verrückt geworden: Die Zeitung, die von einer angeblichen unmittelbaren terroristischen Drohung vonseiten der britischen Regierung spricht, oder britische Politiker, auf die sich die Zeitung beruft?“, fragte Jarowaja. Derartige Drohungen seien nicht klug und aussichtslos.

Die Drohung, dem Kreml das Licht abzdrehen, sei nichts weiter als eine prägnante Redewendung, um Aufsehen zu erregen und Russland zu dämonisieren, urteilte Dmitri Nowikow, Vizechef des Duma-Ausschusses für Auswärtiges. Um sich dagegen abzusichern, müsste Russland den Weg der Entwicklung gehen und vor allem seine Wirtschaft stärken. Die russische Botschaft in London erklärte dagegen, dass die Informationen der „Sunday Times“ stimmen könnten. Dafür spräche, dass bisher kein Dementi und überhaupt keine Reaktion durch die britische Regierung erfolgt seien, so die Stellungnahme.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32255/22/322552209.jpg>

Lug-info.com: Die Energietechniker haben die planmäßigen Wartungsarbeiten an der Unterstation „Pobeda“ und anderen Energieobjekten der LVR erfolgreich abgeschlossen, teilte der Leiter der Abteilung für Strom des Kohle- und Energieministeriums der LVR mit. Die Stromversorgung auf dem ganzen Territorium der LVR ist wieder in Betrieb.

de.sputniknews.com: Ukrainischer Politiker nennt Bedingung für Versöhnung mit Russland. Die Versöhnung zwischen Russland und der Ukraine ist laut dem Vizeminister für vorübergehend besetzte Territorien, Georgi Tuka, nur möglich, wenn es den gegenseitigen Wunsch gibt.

„Meine persönliche Einstellung: Ich habe die Russen nie als ein ‚Brudervolk‘ betrachtet. Der Begriff ‚Brudervölker‘ ist fremd für mich. Sollten wir Brüder sein, wer von uns ist dann Kain und wer Abel? Ich glaube, das ist eine rhetorische Frage“, zitiert den Politiker die Nachrichtenagentur Unian.

Er vertritt die Ansicht, dass die Beziehungen zwischen beiden Ländern im Laufe der Zeit besser werden können, weil nicht alle in Russland die Politik des russischen Präsidenten unterstützen würden.

„Ich hoffe, dass die Beziehungen zwischen den Staaten auf Grundlage der Partnerschaft gestaltet werden. Wie schnell das passieren kann? Vor allem wird das von der Russischen Föderation abhängen“, so Tuka.

Der Politiker ist der Meinung, dass „die Elite“ der ukrainischen Gesellschaft keine Vorurteile gegenüber dem russischen Volk hege.

„Deswegen ist der Prozess einer Wiederherstellung der Beziehungen möglich“, sagte er und ergänzte, dass dies nur dann geschehen werde, wenn es einen wirklichen Wunsch vonseiten Russlands geben werde. Sonst würden die beiden Länder weiter auseinanderdriften, so der Politiker.

Tuka äußert sich oft über Russland. So hatte er Ende Mai einen „bewährten Weg“ zur Vernichtung Russlands vorgeschlagen.

Armiyadnr.su: Die Volksmiliz der DVR führt die Freizeitprogramme für Kinder aus frontnahen Ortschaften weiter. Heute, am Sonntag, dem 7. Oktober, haben Kinder aus dem frontnahen Sajzewo den Donezker Zirkus „Kosmos“ besucht und konnten sich von den ständigen Beschießungen und dem Schrecken ablenken, den die ukrainische Regierung in ihre Ortschaft bringt. Außerdem haben die Kinder süße Geschenke von Volksmiliz erhalten.

<iframe width="731" height="411" src="https://www.youtube.com/embed/g08YWffKukI" frameborder="0" allow="encrypted-media" allowfullscreen></iframe>

<https://www.youtube.com/watch?v=g08YWffKukI>

de.sputniknews.com: Besuch in Belgrad: Stoltenberg „erklärt“ Serben Nato-Angriffe 1999. Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg hat am Sonntag bei seinem Besuch in Belgrad das für die Militärallianz wohl unangenehme Thema gegenüber Serben erläutern müssen: Die Bombenangriffe des Bündnisses auf Jugoslawien im Jahr 1999. Die Nato hatte damals laut Stoltenberg bloß die Zivilbevölkerung schützen wollen.

Stoltenberg traf sich in Belgrad Medienberichten zufolge mit Studenten und beantwortete ihre Fragen. Viele von diesen Fragen hatten mit den Ereignissen 1999 zu tun.

„Wir haben das zum Schutz der Zivilbevölkerung und zur Verhinderung der weiteren Handlungen des Regimes von Milosevic gemacht“, zitiert die Zeitung „Iswestija“ den Nato-Chef. „Doch die wichtigste Botschaft an Belgrad besteht darin, dass wir in die Zukunft schauen müssen.“

Stoltenberg wurde am vergangenen Samstag in Belgrad vom serbischen Verteidigungsminister Aleksandar Vulin empfangen. Er soll drei Tage in dem Balkanland verbringen. Während des Besuchs soll der Nato-Chef auch den Staatschef Aleksandar Vucic und die Premierministerin Ana Brnabic treffen.

Ein möglicher Beitritt Serbiens steht dabei nicht auf der Tagesordnung. Eine Umfrage vom vergangenen März hatte ergeben, dass knapp 85 Prozent der Serben gegen eine Nato-Mitgliedschaft ihres Landes sind. Dabei sagten 62 Prozent der Befragten, sie würden eine Entschuldigung des Militärbündnisses für die Bombardements von 1999 nicht einmal annehmen.

Im vergangenen Mai hatte Vucic betont, Serbien wolle seine Neutralität bewahren. Deshalb sei ein Nato-Beitritt nicht möglich.

Die Nato hatte die Republik Jugoslawien vom 24. März bis zum 10. Juni 1999 bombardiert. Die Notwendigkeit der Operation Allied Force wurde mit angeblichen „ethnischen Säuberungen“ im Kosovo und Metochien seitens Serbiens begründet. Nach Einschätzungen der jugoslawischen Seite kamen dabei mehr als 2500 Zivilisten ums Leben.